

Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse

Politische Berichte 1936

Jahrgang 1936

Datum	Seiten	Anmerkungen
21. Februar	1	
28. Februar	1	
17. April	1	
7. Mai	2	Original und Abschrift

10. November	1	
12. November	1	
17. November	1	
26. November	1	
gesamt 1936	9	

P. B.

Der Wahlausgang in Spanien bestätigt die aufsteigende linksbürgerliche Welle. Eine Regierung der Linksbourgeoisie wurde gebildet. SP/Stalinpartei werden von aussen her die linkskapitalistische Regierung unterstützen.

Nach dem faschistischen Attentat auf Leon Blum wird erst recht der spanische Wahlausgang den Linksruck bei den französischen Wahlen im März verstärken.

Auch in Italien ist schon seit längerer Zeit in der Tiefe ein linksbürgerlicher Ruck im Werden. Das abbessinische Abenteuer des Banditen Mussolini dient vor allem dem Zweck, durch einen grossen Rauberfolg die faschistische Diktatur in Italien weiter zu behaupten.

Der englische Imperialismus beschleunigt das Zusammentreten der Petroleumkommission beim Völkerbund, um den Druck auf Italien zu verstärken. (Sie soll schon am 2. März zusammentreten).

Auch das Auftreten der Schweiz gegen die Agenten des deutschen Imperialismus dürfte auf diskrete Empfehlung des engl./frz. Imperialismus herbeigeführt worden sein. Durch den Druck auf Deutschland wird hier auf Japan gedrückt, um den Ausbruch im Osten möglichst hinauszuhalten, solange England ~~XXXXXX~~ infolge der abbessinischen Sache nicht volle Handlungsfreiheit gewonnen hat.

Japan treibt die Provokationen gegen Sowjetrussland immer frecher vor. Die ungeheure Not der Arbeiter- und der bäuerlichen Massen vertieft und erweitert auch hier die revolutionäre Gährung. Der japanische Imperialismus glaubt der Revolution am besten zu entgehen durch einen grossen Raubkrieg gegen Russland.

In der Sowjetunion geht der liquidatorische Kurs weiter. Neuestens wurde die Kommunistische Akademie aufgelöst.

Die fortschreitende Industrialisierung in den südamerikanischen Staaten, vor allem Argentinien, Brasilien, Chile schafft auch hier modernes Proletariat. Zum erstenmal beginnt nun auch in Südamerika die proletarische Revolution ihr Haupt zu erheben. (Die "Revolution" in Paraguay hat gegenrevolutionären Charakter).

P. B.

Japans besitzende Klassen, die Grundherren einerseits, die Bank-, Industrie-, Handelskapitalisten andererseits, sind in der imperialistischen Grundlinie vollkommen einig. Die Differenz liegt in der Frage des Tempos, der Taktik, womit die imperialistische Expansionspolitik verwirklicht werden soll.

Wie überall, wo die Bourgeoisie noch gegen den Feudalismus, Halbfeudalismus zu kämpfen hat, sucht sie die Massen für sich zu mobilisieren, sie ist daher liberal, ja demokratisch. So auch die Partei der japanischen Bourgeoisie, die Minseitopartei. Die Bourgeoisie schätzt mit recht ein, dass die wirtschaftlichen, die finanziellen Kräfte Japans nicht aus-~~XXXX~~reichen, um die Expansion in dem Rekordtempo vorwärts zu tragen, wie es die Militaristen, die Exponenten der Grundherren im Heere wollen. Die Minseitopartei handhabt eine vorsichtiger, langsamere Expansionspolitik.

Die Parlamentswahlen vor paar Tagen haben die Position der von der Minseitopartei geführten Regierung gestärkt, dagegen die Position der Grundherrenpartei, der Sevukaipartei geschwächt.

Die japanische Bourgeoisie fürchtet die allzugrossen Lasten einer zu rasch vorgetriebenen Ausdehnungspolitik. Sie sieht wenig Möglichkeit, diese Lasten auf die unteren Klassen abwälzen zu können, da diese bereits so tief gedrückt sind, dass sie am Rande des Elends dahinvegetieren. Ausserdem aber und vor allem fürchtet sie, dass das Abwälzen solch gigantischer Lasten auf die verelendeten Millionenmassen revolutionäre Explosionen zur Folge haben würde.

Im Gegensatz dazu will die Grundherrenklasse, die zugleich die meisten Offizierstellen im Heer und Flotte inne hat, die imperialistische Eroberungspolitik aufs äusserste steigern. Sie hofft durch grosse Siege, Eroberungen der revolutionären Gefahr am besten zu entgehen, die liberale Bourgeoisie zurückzudrängen und die Herrschaft den Grundherren für lange Zeit zu sichern.

Der japanische Imperialismus bewegt sich auf einem Vulkan. Doch gerade das macht es im höchsten Grade wahrscheinlich, dass die Grundherrenklasse mittels der ihr fast ganz angehörigen Militärkaste den Krieg entzünden wird, um durch ein grosses erfolgreiches Abenteuer den Weg aus allen ihren Schwierigkeiten zu suchen.

Der Militärputsch in Tokio signalisiert höchste Kriegsgefahr! Zunächst für den Fernen Osten, in nicht allzulanger Zeit aber auch für Europa.

28. II. 36.

Der Krieg im Fernen Osten hat genau genommen schon begonnen. Mit kleinerkriegerischen Aktionen sucht der jap. Imp. Russland zu einer grösseren militärischen Kampfhandlung zu provozieren, um sich den Vorwand zu schaffen, "Japan sei überfallen".

In Abessinien hat der italienische Imp. weitere Fortschritte errungen. Doch ist Abessinien noch keineswegs besiegt; selbst dann nicht, wenn es Italien gelingen sollte Abdis Abeba vor Eintritt der grossen Regenzeit zu erobern. Die grosse Regenzeit gibt Abessinien die Möglichkeit seine militärischen Kräfte zu reorganisieren (mit Hilfe Englands). Darüber hinaus kann gerechnet werden, dass die grosse Regenzeit mehr die ital. als die abessin. Truppen schädigen wird.

Italien will einen Diktatfrieden unter Ausschaltung des Völkerbundes, das heisst praktisch selbst unter Ausschaltung Englands. Zieht man das Bramarbasieren des Mussolinischen Mauls ab, so bleibt noch immer ein erstaunliches Auftreten Italiens gegen England. Gewiss, die gegenwärtigen Widersprüche zwischen engl. und frz. bieten dem italienischen Imp. gute Chancen. Aber nicht mehr. Von jedoch nimmt Italien die Kühnheit zu einem Diktatfrieden? Ist das nur die Taktik des polnischen Händlers, der wahnsinnig aufschlägt, um halbwegs einen Gewinn herauszuschlagen? Es scheint, dass dahinter mehr steckt, denn das Verhalten Italiens ist geradezu eine Provokation Englands. Offenbar steckt jemand hinter Italien, der eine Provokation Englands will..

Der wichtigste aller imp. Gegensätze ist der Gegensatz zwischen amerikanischem und engl. Imperialismus. Für die amerikanische Bourgeoisie gibt es in der gegebenen Lage zwei Möglichkeiten der Politik gegenüber England: die erste Möglichkeit ist, die Schwierigkeiten Englands auszunutzen, um England zu einer den imperialistischen Zwecken der Vereinigten Staaten dienenden Politik zu bringen (wodurch die auf einen späteren Zeitpunkt verschobene Auseinandersetzung mit England für die Usa günstig vorbereitet werden soll)-- die andere Möglichkeit ist, jetzt schon auf die entscheidende Auseinandersetzung zwischen amerikanischem und engl. Imp. loszugehen, sie jetzt schon in die Wege zu leiten.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass der USA Imp. Italien vorschiebt, um England in einen grossen Konflikt zu verwickeln, der es überhaupt und insbesondere jetzt für den Fernen Osten schwächen würde, so dass Amerika der ausschlaggebende Schiedsrichter und Nutzniesser des jap.-russ. Krieges im Fernen Osten werden würde.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die amerikanischen Imp. auch dem faschistischen Deutschland den Rücken steifen.

Das überraschende Entgegenkommen Englands in der Dardanellenfrage spricht für diese Kombination.

In Polen geht die Streikbewegung weiter, auch die Arbeitslosen sind in Gährung geraten. Die Vorgänge in Lemberg sind von besonderer Bedeutung, weil sie zu gleich die Gährung der ukrainischen Massen widerspiegeln.

Die Massenbewegung in Spanien ist weiter im Anwachsen. Dem linksbürgerlichen Ministerpräsidenten Azzana wurde in den Cortes mit rund 150:80 das Vertrauen ausgesprochen. Daraus geht hervor, dass ein Teil der SP für ihn gestimmt hat.

Die "linke" "Opposition" des Stalinbürokraten Gottwalds in der KPC entpuppt sich, wie vorausszusehen als ein blankes stalinistisches Manöver. Die Unzufriedenheit grösserer Teile der Arbeiterschaft in CSR mit der offenkundig sozialpatriotischen Schwenkung abzuwiegeln, das war der Sinn und Zweck des Gottwaldschen Manövers. Für den Moment ist das gelungen. Aber die Gottwaldsche Linie, die auf dem Parteitag der KPC gesiegt hat, ist ~~vielleicht~~ genau wie diejenige, gegen die er vor ein paar Monaten zu Feld gezogen ist.

Es ist sehr fraglich, ob die Passivität der "Phönix" überhaupt den Tatsachen entspricht. Tatsache ist, dass das bonapartistische Regime leere Kassen hat, aber riesige Mittel braucht; Tatsache ist, dass es bei der herrschenden Stimmung nicht ohne Risiko ist, die Steuerschraube weiter anzuspinnen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Phönixsache ein wohlüberlegter, organisierter Raubzug ist, um die leeren Staatskassen zu füllen und zugleich wieder einer grösseren Zahl von schwarzgrünen Schreibern Posten zu verschaffen. Die Zeche zahlen die 5000 Phönixangestellten, von denen ein grosser Teil abgebaut werden, während allen anderen die Gehälter herabgesetzt werden; die Versicherten aber zahlen doppelt drauf, sie haben höhere Prämien zu zahlen und bekommen im Versicherungsfall

weniger heraus.

SAMMELT REGELMÄSSIG FÜR DEN KAMPFFONDS!

17. 4. 1936.

F. B.

Englands Verhalten in der abess. Frage lässt folgende Erklärungen zu:

1. Hinter Italien steht Amerika, das sich Italiens als Waffe bedient, um den engl. Imp. zu schwächen, zu provozieren. Gegen diese Annahme spricht die Erwägung, dass gegenwärtig die Weltlage sonst keine wichtige Tatsache zeigt, die dafür spräche, dass der USA-Imp. jetzt schon auf den Entscheidungskampf mit dem engl. Imp. losgeht.

2. Die engl. Rechtsbourgeoisie spielt ein Doppelspiel: Ausserlich kommt sie der sich zur Linksbourgeoisie zuneigenden Stimmung der Massen entgegen - in Wirklichkeit hilft sie dem italienischen Faschismus. Dagegen spricht, dass es in Abess. zweifellos um sehr wichtige Interessen der Weltstellung des engl. Imperiums geht (Schwächung der engl. Stellung am indischen Ozean, im Roten Meer, am der Seelinie England-Indien, Tanasee-Sudan-Nil-Aegypten; Umfassung Aegyptens von zwei Seiten, nämlich von Libien her und von Abessinien her, durch Italien; Stärkung der Ital. Mittelmeerstellung, Schwächung der engl. Position im Mittelmeer; also auch hier Schwächung der Seelinie England-Indien). Allerdings ist bis zu einem gewissen Grade eine Regelung der Abess. Frage mit Ital. möglich, welchen die Gefahren für den engl. Imp. von dieser Seite her wenigstens für absehbare Zeit vermindern würde.

3. Die engl. Imp. sind von einer unzureichenden Einschätzung ausgegangen. Sie nahmen an, dass die Ausrüstung Abess. mit modernen Waffen unter der Hand durch England ausreichen werde; um dem Ital. Imp. genügend aufzuhalten, zu schwächen und ihn zu jener Regelung der Abess. Frage zu verhalten, die mit dem engl. Imp. Interesse vereinbar. Zwei Umstände haben das durchkreuzt:

a) Der tatsächliche Widerstand des frz. Imp. gegen eine entschiedene Sanktionspolitik gegenüber Italien, das sich die frz. Bourgeoisie warmhalten will, da Engl. dem deutschen Imp. entgegenkommt.

b) Die nicht vorgesehene neue Verwendung der Flugzeuge. Bisher wurden sie nur zum Erkunden und Beschiessen verwendet. Hier zum erstenmal hat sich gezeigt, dass sie auch zu g r o s s e n Transporten von Lebensmitteln und Munition, Waffen usw. benutzt werden können. Dies allerdings nur, weil keine Flugzeuge und keine Flugzeugabwehr gegenüber standen.

Die dritte Erklärung dürfte der Wahrheit am nächsten kommen und sich bis zu einem gewissen Grade vielleicht mit der zweiten und selbst mit der ersten Erklärung kombinieren.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass sich die Anzeichen für eine Annäherung Engl. und Sowjetrusslands vermehren:

a) Besuch der lettischen, estnischen, litauischen generalstabschefs in Moskau; keiner der drei Kleinstaaten macht etwas gegen Engl.;

b) Wahrscheinliche 100 Mill. Kronen Anleihe Schwedens an SR zur Ausrüstung mit gewissen Spezialwaffen (Schweden geht mit Engl....);

c) Erklärung Hoares, der nun auf einmal zu den Interessen Englands, die unter keinen Umständen verletzt werden dürfen, auch die fernöstlichen aufzählt.

Der Druck des engl. Imp., um Ital. zu einer Lösung der Abess. Frage zu verhalten, die den engl. Interessen nicht widerspricht, wird fortgesetzt werden. Die Möglichkeit einer Fortsetzung der Sanktionspolitik ist gegeben. Z. B.: Engl. braucht nur im Verhältnis zu Deutschland den frz. Imp. Wünschen entgegenkommen und die (linksbürgerliche) "Volksfront" wird gern Engl. gegenüber Ital. entgegenkommen.

Ein kleines Symptom zeigt, dass Engl. bereit ist, Italien entgegen zukommen. Auf der Konferenz der Balkanentente hat Griechenland (Exponent Englands) durchgesetzt, dass bei Schwierigkeiten Jugoslawiens mit Albanien (Exponent Ital.) die Verpflichtung der Balkanentente SHS beizuspringen nicht eintritt.

Erk. Seinem politischen Inhalt nach ist der Wahlsieg der "Volksfront" ein Sieg der von der Monopolbourgeoisie (Rechtsbourg.) arg bedrängten Linksbourg., die sich auf kleinbürgerliche, kleinbäuerliche Massen und die von der sozialdemokratischen und stalinistischen Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie verführten Arbeitermassen stützt.

So wie in Spanien, so bewegen sich auch in Erk. die Massen unter dem Druck der gesteigerten kapitalistischen Offensive nach links. Vermöge der kleinbürgerlichen "Sozialismus" ("Kommunismus") ist die Linksbourg. imstande, die sich nach links bewegenden, ausgebeuteten, unterdrückten Massen vor den linkskapitalistischen Wagen zu spannen.

P. B.

Englands Verhalten in der abess. Frage lässt folgende Erklärungen zu:

1. Hinter Italien steht Amerika, das sich Italiens als Waffe bedient, um den engl. Imp. zu schwächen, zu provozieren. Gegen diese Annahme spricht die Erwägung, dass gegenwärtig die Weltlage sonst keine wichtige Tatsache zeigt, die dafür spräche, dass der USA-Imp. jetzt schon auf den Entscheidungskampf mit dem engl. Imp. losgeht.

2. Die engl. Rechtsbourgeoisie spielt ein Doppelspiel: äusserlich kommt sie der sich zur Linksbourgeoisie zuneigenden Stimmung der Massen entgegen – in Wirklichkeit hilft sie dem italienischen Faschismus. Dagegen spricht, dass es in Abess. zweifellos um sehr wichtige Interessen der Weltstellung des engl. Imperiums geht (Schwächung der engl. Stellung im indischen Ozean, im Roten Meer, an der Seelinie England-Indien, Tanasee-Sudan-Nil-Aegypten, Umfassung Aegyptens von zwei Seiten, nämlich von Libien her und von Abessinien her, durch Italien: Stärkung der ital. Mittelmeerstellung, Schwächung der engl. Position im Mittelmeer, also auch hier Schwächung der Seelinie England-Indien mit Italien möglich, welchen die Gefahren für den engl. Imp. von dieser Seite her wenigstens für absehbare Zeit vermindern würde.

3. Die engl. Imp. sind von einer unzureichenden Einschätzung ausgegangen. Sie nahmen an, dass die Ausrüstung Abess. mit modernen Waffen unter der Hand durch England ausreichen werde, um den ital. Imp. genügend aufzuhalten, zu schwächen und ich zu jener Regelung der abess. Frage zu verhalten, die mit dem engl. imp. Interesse vereinbar. Zwei Umstände haben das durchkreuzt:

a) Der tatsächliche Widerstand des frz. Imp. gegen eine entschiedene Sanktionspolitik gegenüber Italien, das sich die frz. Bourgeoisie warmhalten will, da Engl. dem deutschen Imp. entgegenkommt.

b) Die nicht vorhergesehene Verwendung der Flugzeuge. Bisher wurden sie nur zum Erkunden und Beschiessen verwendet. Hier zum ersten Mal hat sich gezeigt, dass sie auch zu g r o s s e n Transporten von Lebensmitteln und Munition, Waffen usw. benutzt werden können. Dies allerdings nur, weil keine Flugzeuge und keine Flugabwehr gegenüber standen.

Die dritte Erklärung dürfte der Wahrheit am nächsten kommen und sich bis zu einem gewissen Grade vielleicht mit der zweiten und selbst mit der Ersten Erklärung kombinieren.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass sich die Anzeichen für eine Annäherung Engl. und Sowjetrusslands vermehren;

a) Besuch der lettischen, estnischen, litauischen Generalstabschefs in Moskau, keiner der drei Kleinstaaten macht etwas gegen Engl.;

b) Wahrscheinlich 100 Mill. Kronen Anleihe Schwedens an SR zur Ausrüstung mit gewissen Spezialwaffen (Schweden geht mit Engl....);

c) Erklärung Hoares, der nun auf einmal zu den Interessen Englands, die unter keinen Umständen verletzt werden dürfen, auch die fernöstlichen aufzählt.

Der Druck des engl. Imp. um Ital. zu einer Lösung der abess. Frage zu verhalten, die den engl. Interessen nicht widerspricht, wird fortgesetzt werden. Die Möglichkeit einer Fortsetzung der Sanktionspolitik ist gegeben. Z. B.: Engl. braucht nur im Verhältnis zu Deutschland den frz. imp. Wünschen entgegenkommen und die (linksbürgerliche) „Volksfront“ wird gern Engl. gegenüber Ital. entgegenkommen.

Ein kleines Symptom zeigt, dass Engl. bereit ist, Italien entgegen zu kommen: Auf der Konferenz der Balkanstaaten hat Griechenland (Exponent Englands) durchgesetzt, dass bei Schwierigkeiten Jugoslawiens mit Albanien (Exponent Ital.) die Verpflichtung der Balkanentente SHS beizuspringen nicht eintritt.

mmmmmmmmmmmm

Erk. Seinem politischen Inhalt nach ist der Wahlsieg der „Volksfront“ ein Sieg der von der Monopolbourgeoisie (Rechtsbourg.) arg bedrängten Linksbourg. die sich auf kleinbürgerliche, kleinbäuerliche Massen und die von der sozialdemokratischen und stalinistischen Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie verführten Arbeitermassen stützt.

So wie in Spanien, so bewegen sich auch in Frk. die Massen unter dem Druck der gesteigerten kapitalistischen Offensive nach links. Vermöge der kleinbürgerlichen „Sozialismus“ („Kommunismus“) ist die Linksbourg. imstande, die sich nach links bewegenden, ausgebeuteten, unterdrückten Massen vor den linkskapitalistischen Wagen zu spannen.

Vom prol.-rev. Standpunkt besteht der Fortschritt darin, dass die Massen nun Gelegenheit bekommen werden, die Kleinbürgerlich-"sozialistischen" ("kommunistischen") Phrasen im Lichte der tatsächlichen Politik der "Volksfront"-Regierung zu überprüfen. So wie in Spanien, so wird auch in Frk. die "Volksfrontpolitik" der SP/KP sich in der Praxis dem Wesen nach als dasselbe erweisen, was die Arbeiter in Oesterreich als sozdem. Politik seit 1918 erlebt haben. Mit demselben Ergebnis wie hier, wenn nicht rechtzeitig die prol. Klassenpartei entsteht, die Massen für die prol. Rev. gewinnend.

Vom aussenpol. Gesichtspunkt erscheint gegenwärtig das Bündnis Frk. mit SR gefestigt. Aber vergessen wir nicht, dass die "Volksfront"-französisch-imperialistische Politik macht....

Innerpolitisch erscheint gegenwärtig die fasch. Gefahr in Frk. (wie auch in Spanien) etwas vermindert. Doch vergessen wir nicht, dass der Fasch. nur abzuwenden ist durch Ueberwindung der Massennot; dass diese nur zu überwinden ist nur durch die radikalsten Massnahmen gegen die Bourgeoisie, dass die "Volksfront" zu solchen Massnahmen ausserstande ist, weil sie ein Bündnis ist mit der Linksbourgeoisie. Die Enttäuschung der Massen über die sozdem./stal. Politik öffnet dem Faschismus die Bahn zu den Massen. Wenn auch die fasch. Gefahr augenblicklich ~~be~~ gebannt ist, so besteht nach wie vor in Frk. (auch in Spanien) die sehr ernst fasch. Perspektive.

Gerade die Erfahrungen, die Massen in Frk. in der kommenden Zeit machen werden, wird den prolet. Revolutionären gute Gelegenheit geben, die prol. Klassenpartei herauszubilden und die Massen dafür zu gewinnen.

In Spanien geht die Massenbewegung nach links weiter, aber der Linksbourgeois Litzana wird mit den Stimmen der SP/KP einstimmig Präsident. Fasch. Führer werden von den span. Gerichten freigesprochen. SP/KP lassen die Massenenergien auf Nebengeleisen verpuffen und bereiten neuerdings dem Faschismus die Bahn.

In China bietet die "Kommunistische" Internationale den Mörder der chin. Rev. Tschangkaishiek ein "Volksfrontbündnis" an; unter der Bedingung, dass er eine gegen Japan gerichtete Politik einschlägt, sollen die chin. "Sowjetgebiete" mit ihm zusammenarbeiten. Z. B. sollen in den chin. "Sowjetgebieten" keine Grundbesitzer enteignet werden, "die gegen Japan kämpfen"; überhaupt sollen in die "Sowjets" nicht nur bürgerliche Fachleute sondern darüber hinaus auch andere bürgerliche Elemente herangezogen werden. Mit anderen Worten: die Stalin & Co. erklären sich bereit, die rebellierenden armen Bauernmassen Chinas der chin. Bourgeoisie glatt auszuliefern unter der Bedingung, dass die chin. Kapitalisten einen gegen Japan gerichteten Kurs einschlagen. Vollkommen offen gibt hier die KI prol.-revol. Interessen preis für ~~die~~ augenblickliche aussenpolitische Vorteile.

In Oesterreich widerspiegelt sich in dem Konflikt zwischen HW und Sturm-scharen die Spannung zwischen Grossgrundbesitzern und dem Bürgertum. "Nur über meine Leiche geht die Auflösung der HW!" ruft Starhenberg, obwohl Schuschnigg entgegenkommend die Sturm-scharen zuerst entwaffnet hat, (sie sind aber schon wieder bewaffnet). Das Bürgertum wünscht die Verschmelzung beider in einer einheitlichen Miliz. Diese soll verwendbar sein gegen das Prol., dagegen eine selbständige Verwendung der HW als Druckmittel gegen das Bürgertum soll ausgeschlossen sein. Gerade das aber will der Grossgrundbesitz.

Die Spannung zwischen den verschiedenen Schichten der Bourg. ist sehr wichtig. Aber sie kann ausgenutzt werden nicht durch eine auf das Bündnis mit dem Bürgertum (oder Teilen desselben) gegen die Grossgrundbesitzer ausgerichtete Politik, sondern nur durch geschlossenen Kampf gegen die Gesamtbourgeoisie unter Grundgesetzlicher Ablehnung jeder auf ein Zusammenarbeiten mit der Bourg. oder Teilen derselben ausgerichteten Politik. In diese Richtung gilt es die sozdem.-stal. Einheitsfront durch den Druck der Massen zu zwingen. Gibt sie dem nicht nach, so entlarvt sie sich vor den Massen als das, was sie wirklich ist: als Instrument links-

7. V. 1936

Vom prol.-rev. Standpunkt besteht der Fortschritt darin, dass die Massen nun Gelegenheit bekommen werden, die kleinbürgerlich-„sozialistischen“ („kommunistischen“) Phrasen im Lichte der tatsächlichen Politik der „Volksfront“-regierung zu überprüfen. So wie in Spanien, so wird auch in Frk. die „Volksfrontpolitik“ der SP/KP sich in der Praxis dem Wesen nach als dasselbe erweisen, was die Arbeiter in Oesterreich als sozdem. Politik seit 1918 erlebt haben. Mit demselben Ergebnis wie hier, wenn nicht rechtzeitig die prol. Klassenpartei entsteht, die Massen für die prol. Revolution gewinnend.

Vom aussenpol. Gesichtspunkt erscheint gegenwärtig das Bündnis Frk. mit SR gefestigt. Aber vergessen wir nicht, dass die „Volksfront“ französisch - i m p e r i a l i s t i s c h e Politik macht...

Innerpolitisch erscheint gegenwärtig die fasch. Gefahr in Frk. (wie auch in Spanien) etwas vermindert. Doch vergessen wir nicht, dass der Fasch. nur abzuwenden ist durch die radikalsten Massnahmen gegen die Bourgeoisie, dass die „Volksfront“ zu solchen Massnahmen ausserstande ist, weil sie ein Bündnis ist mit der Links b o u r g e o i s i e . Die Enttäuschung der Massen über die soz.dem. / stal. Politik öffnet dem Faschismus die Bahn zu den Massen.

Wenn auch die fasch. Gefahr augenblicklich gebannt ist, so besteht nach wie vor in Frk. (auch in Spanien) die sehr ernst fasch. Perspektive.

Gerade die Erfahrungen, die Massen in Frk. in der kommenden Zeit machen werden, wird den prolet. Revolutionären gute Gelegenheit geben, die prol. Klassenpartei herauszubilden und die Massen dafür zu gewinnen.

mmmmmmmmmmmm

In Spanien geht die Massenbewegung nach links weiter, aber der Linksbourgeois Azzana wird mit den Stimmen der SP/KP einstimmig Präsident. Fasch. Führer werden von den span. Gerichten freigesprochen. SP/KP lassen die Massenenergien auf Nebengeleisen verpuffen und bereiten neuerdings dem Faschismus die Bahn.

In China bietet die „kommunistische“ Internationale den Mörder der chin. Rev. Tschangkaischek ein „Volksfrontbündnis“ an; unter der Bedingung, dass er eine gegen Japan gerichtete Politik einschlägt, sollen die chin. „Sowjetgebiete“ mit ihm zusammenarbeiten. Z. B. sollen in den chin. „Sowjetgebieten“ keine Grundbesitzer enteignet werden, „die gegen Japan kämpfen“; überhaupt sollen in die „Sowjets“ nicht nur bürgerliche Fachleute sondern darüber hinaus „auch andere bürgerliche Elemente herangezogen werden“. Mit anderen Worten: die Stalin & Co. erklären sich bereit, die rebellierenden armen Bauernmassen Chinas der chin. Bourgeoisie glatt auszuliefern unter der Bedingung, dass die chin. Kapitalisten einen gegen Japan gerichteten Kurs einschlagen. Vollkommen offen gibt hier die KI prol.-revol. Interessen preis für augenblickliche aussenpolitische Vorteile.

In Oesterreich widerspiegelt sich in dem Konflikt zwischen HW und Sturmscharen die Spannung zwischen Grossgrundbesitzern und dem Bürgertum. „Nur über meine Leiche geht die Auflösung der HW!“ ruft Starhemberg, obwohl Schuschnigg entgegenkommend die Sturmscharen zuerst entwaffnet hat (sie sind aber schon wieder bewaffnet). Das Bürgertum wünscht die Verschmelzung beider in einer einheitlichen Miliz. Diese soll verwendbar sein gegen das Prol. Dagegen eine selbständige Verwendung der HW als Druckmittel gegen das Bürgertum soll ausgeschlossen sei. Gerade das aber will der Grossgrundbesitz.

Die Spannung zwischen den verschiedenen Schichten der Bourg. ist sehr wichtig. Aber sie kann ausgenützt werden nicht durch eine sich auf das Bündnis mit dem Bürgertum (oder Teilen desselben) gegen die Grossgrundbesitzer ausgerichtete Politik, sondern nur durch geschlossenen Kampf gegen die G e s a m t bourg. unter g r u n d s ä t z l i c h e r Ablehnung jeder auf ein Zusammenarbeiten mit der Bourg. oder Teilen derselben ausgerichteten Politik. In diese Richtung gilt es die sozdem.-stal. Einheitsfront durch den Druck der Massen zu zwingen. Gibt sie dem nicht nach, so entlarvt sie sich vor den Massen als das, was die wirklich ist: als Instrument links k a p i t a l i s t i s c h e r Politik.

7. V. 1936

Pol.Ber.

Die militärische Lage in Spanien zeigt eine kleine Verbesserung zu Gunsten der Regierungstruppen.- Wie jetzt aus sicherer Quelle bestätigt wird, ist bei der letzten Regierungsumbildung in Barcelona N i n als Vertreter der P O U M (Partei der marxistischen Einheit) als Justizminister in die katalanische Regierung eingetreten, wo er neben Vertretern der SP/KP, der Anarchisten und der linksbürgerlichen Radikalen Partei sitzt. All dies unter der Präsidentschaft des Linksbourgeois Company. Damit hat die POUM, hat Nin tatsächlich die menschewistische Linie betreten, wozu ihre Propaganda - mit Worten - für eine "Arbeiterregierung" nichts ändert. (Unter "Arbeiterregierung" verstehen sie nicht einmal eine Regierung der proletarischen Diktatur)

Die ganze Kampagne der französischen Stalinpartei enthüllt sich deutlich als Manöver. Tatsächlich unterstützt die KPF die linkskapitalistische Gesamtpolitik Blums, auch dessen, die spanische Revolution verrätende Neutralitätspolitik. Die stalinistische Kampagne ~~der~~ hat nur den Zweck das vor den Massen zu verhüllen. Blums Komplimente vor der spanischen Revolution haben denselben Zweck.

Die linkssozialdemokratische Politik Nicoles in Genf hat wie vorauszu sehen war, Schiffbruch erlitten. Mit kleinbürgerlicher Politik, mag sie noch so radikal auftreten, ist der Bourgeoisie nicht beizukommen. Durch die sozialdemokratisch-stalinische Bankrottpolitik gestärkt, beginnt nun die schweizer Kapitalistenklasse zum "autoritären Regime" überzugehen.

In Russland ist die stalinische Verfassung nun zur Wirklichkeit geworden. Dadurch ist die tatsächlich von der Stalinbürokratie längst schon durchgeführte Unterordnung der russischen Arbeiterklasse unter die nichtproletarischen Klassen verfassungsmässig festgelegt, wobei den nekapitalistischen Elementen der Spielraum zur politischen Betätigung nun verfassungsmässig eröffnet ist.

Die Vereinigten Staaten suchen einen panamerikanischen Völkerbund zu standezubringen. Der nordamerikanische Imperialismus will sich auf diese Weise Klarheit und eine gewisse Sicherheit darüber schaffen, dass er im Kriegsfall von keinem südamerikanischen und mittelamerikanischen Staat her in der Flanke angefallen wird.

In Ungarn wird das Elend und die Unzufriedenheit der Massen immer grösser. Die Horthybanditen suchen dem ein Ventil zu eröffnen durch den Schwund eine "Wahlreform".

Die Herrschenden in Österreich bestreben sich, durch viele Worte den Anschein zu erwecken, als gehe der bonapartistische Kurs weiter. Gegen Links geht die Verfolgung unvermindert fort, während sie gegen die Braunen immer schwächer wird, so dass ihnen tatsächlich eine immer grössere Bewegungsfreiheit eingeräumt wird. ~~so/dass~~ Tatsächlich hat das Regime die Bahn der faschistischen Diktatur ~~betreten~~ bereits betreten und bewegt sich auf ihr immer weiter rechts. Nach wie vor wird das Ausplündern der Massen vorgetrieben. So wurde jüngst eine Vieh- und Fleischabgabe verordnet. Nun soll eine Fahr radsteuer erlassen werden, die übrigens in einzelnen Ländern (zB Oberösterreich) bereits vor kurzer Zeit eingeführt wurde.

Wien, 10. November, 1936

Pol.Ber.

Die führenden kapitalistischen Länder, insbesondere USA und England (Skandinavien nimmt starken Anteil daran) machen jetzt einen ausgesprochenen wirtschaftlichen Aufschwung mit (auch Südafrika und Kanada). In einzelnen Produktionszweigen (insbesondere Roh Eisen, Stahl, Kupfer, Nickel, Kautschuk, aber auch in der Autoindustrie) sind die Höchstproduktionszahlen der letzten Aufschwungsperiode 1929-32 erreicht, ja da und dort überschritten. Die Rohstoffpreise steigen, die Kapitalisten streichen grosse Gewinne ein.

In der Hauptsache ist das nach wie vor Rüstungskonjunktur. Einerseits werden überall fleberhaft die Rüstungen aufs Auserste gesteigert - andererseits häufen die kap. Staaten riesige Rohstoffvorräte an und auch die grossen kap. Spekulanten legen Riesenvorräte an Rohstoffen an, um sie im nahenden zweiten Weltkrieg mit Riesenprofit abzusetzen.

Da und dort sucht die Arbeiterschaft sich mittels Streiks einen kleinen Anteil an Aufschwung zuerkämpfen. Siehe den amerik. Seemannsstreik.

In Spanien verstärkt sich der Widerstand der Regierungstruppen. Franco beginnt sich "umzugruppieren".

Die Verhandlungen in London dürften eine gewissen Annäherung Polens an England gebracht haben.

Frankreich betreibt nach wie vor "Neutralitätspolitik" gegenüber Spanien. Blum redet sich auf England aus, d.h. auf die englische Rechtsbourgeoisie, und die Stalinpartei raunt über Blum, um zu maskieren, dass sie die Blumsche Verratspolitik ässt.

Es sind Verhandlungen zwischen England und Italien im Gang. Der engl. Imperialismus prüft, unter welchen Bedingungen sich Italien von Deutschland lösen liess. Für einen entsprechenden Preis ist Italien dafür zu haben, insbesondere für die Anerkennung des abessinischen Raubes.

Die Nachrichten von der Erkrankung Stalins erweisen, wie vorausszusehen war, als elende Lüge und Stimmungsmacherei der Hitler & Co.

Japan ist in China wieder aktiver. Gleichzeitig verschärft sich aber die innere Lage in Japan. Die recht- und die linksbürgerliche Partei (Seiyukko und Minseitō) protestieren öffentlich gegen die Diktaturpläne der Armeegenerale.

Die Abwertung der Lira um 40% hat die österreichische Exporteure sehr geschädigt; Italien hat dafür jetzt einige handelspolitische Konzessionen gemacht. Die Wiener Konferenz dient in der Hauptsache dem Zweck, Ungarn und Österreich noch fester in die Linie des italienischen Imperialismus einzunordnen. Dafür bekommt Ungarn Zusicherungen in der Revisions- und Österreich Zusagen in der Frage der Restauration der Habsburger.

Das anhaltende Steigen des Silberpreises in Österr. signalisiert das Sinken des effektiven Schillingwertes und ist eine Vorbereitung der Kapitalisten auf Abwertung des Schillings.

Zwischen SP(RS) und Stalinpartei ist ein heiterer Feldzug im Gang: jeder enthüllt den Opportunismus des andern, wobei sie ausnahmsweise die Wahrheit reden. Zweck der Übung: sich gegenseitig Mitglieder abzujauchen.

Der "Kampf" richtet an die zur KP nach dem Feber übertretenen SP-Mitglieder die Frage, ob sie zur KP ausgerechnet deshalb beigetreten sind, um für die demokratische Republik zu kämpfen. Wenn es ihnen um die Erklärung der Freiheitsrechte der Arbeiter geht, könnten sie diesen Kampf in der RS führen... In Wirklichkeit zeigen die zwei Verratsparteien gerade in diesem gegenseitigen unfreiwilligen Deamaskieren jedem denkenden Arbeiter an deutlichsten, dass es ihnen b e i d e n überhaupt nicht um die Diktatur der Arbeiterklasse geht, dass sie nur kleinbürgerlich-demokratische Parteien sind und nichts anderes, dass sie Schmarotzerparteien sind, die für ihr kleinbürgerlichdemokratisches Ziel die Kraft der Arbeiter parasitisch auszunutzen wollen. Gerade die jetzige Auseinandersetzung zwischen den zwei Verratsparteien gibt uns Gelegenheit, sie beide zu entlarven. Diese Gelegenheit muss jetzt jeder Einzelne ausnützen!

Wien, 12. November 1936.

Pol.Ber.

*um mehr ein paar
Fortschritt macht*

Im grossen und ganzen verbessert sich die militärische Schlagfertigkeit der spanischen Regierungstruppen, ihre Widerstandskraft wächst. Die Anarchisten gliedern sich nun mehr der "Volksfront" politisch und militärisch vollkommen ein, der Anarchismus macht praktisch, das Gegenteil von dem, was er als seine Grundsätze verkündet: er wird praktisch liquidiert, politisch alles beim Alten, nicht die geringste Spur prol.-rev. Politik ist zu merken. Doch wird sich der Kampf noch lange hinziehen, die Massen werden aus den Erfahrungen sehr viel lernen und schliesslich die Wendung nach links erzwingen. Bis dahin wird es aber noch eine Reihe von Übergängen geben.

Deutschland und Italien kommen den span. Fasch. Durch Anerkennung der Franco-Regierung zur Hilfe. Die Blumregierung dagegen macht weiter in "Neutralität". ... Die SP aller Länder jammern, Blum könne nicht anders - um Englands willen.

Das Bündnis Deutschland-Japan besteht schon längst. Neu ist nur, dass es gerade jetzt mehr oder weniger verhüllt bekanntgegeben wird, und neu ist, dass Italien mit im Bund ist. (Ital. anerkennt Mandschuko, dafür anerkennt Japan den abess. Raub).

Die Konsequenzen aus der Annäherung Ital.-Deutschld. zu ziehen, war der eigentliche Zweck der Wiener Konferenz. Nun reist der Aussenminister Schmidt nach Berlin, um die Annäherung des Österr. Regimes an Deutschld. zu verdichten. Die Bemühungen der SP/KP, das durch ihr verräterisches Anerbieten des Österr. Prol. als Hilfstuppe für das Regime (wenn sich dieses gegen Deutschld., für Frankr. CSR orientiert) zu verhindern, sind wie vorauszusehen war, gescheitert.

Eine überaus verschlagene schwer durchsichtige Pol. treiben die engl. Imperialisten. Mit dem Mund suchen sie die engl. Massen und die Massen überhaupt zu täuschen. Man muss vor allem schauen was sie tun. Zunächst haben sie eine Annäherung an die Türkei vollzogen und damit deren gutes Verhältnis zu Russland etwas gelockert. Dann vollzogen sie die Annäherung an Polen, damit das Bündnis mit Russland und Frkr. an Bedeutung verliere. In der Tat ist das Verhältnis Frankreichs zu Russland abgekühlt. Wahrscheinlich diente auch der Besuch des Prinzregenten Paul in London dem Bestreben, SHS an Engld. anzunähern und dadurch das Verhältnis der Kl. Entente zu Russland etwas zu lockern. Im ganzen geht die Politik Englands darauf aus, Russland für den bevorstehenden Krieg mit Japan-Deutschland-Italien-Ungarn-Österr. möglichst zu isolieren, sich selbst aber mit Frankreich usw. zusammen für späteres Eingreifen in Reserve zu halten, um die Entscheidung nach der dem engl. Imperialismus passenden Richtung herbeizuführen.

In Frkr. hat sich im Zusammenhang mit dem Selbstmord Salengros die Streikbewegung belebt. Die "Volks"frontweg. schützt nach wie vor mit kap. Polizei die "Arbeitswilligen" und reinigt mit kap. Mobilgarde von streikenden Arbeitern besetzte Betriebe. Die Teuerungsoffensive hat die Preise schon über 15% gesteigert, während die Geldlöhne bisher nur 15% erhöht worden sind. Die "Volks"front lässt die polit. und ökonomische Macht nach wie vor der Bourg., infolge dessen ist sie unfähig, die Lage der Arbeiterklasse dauernd zu heben; im Gegenteil wirkt sie sich aus als zersetzender Faktor gegenüber den Massen.

In der Schweiz hat die Stalinpartei ein Einheitsfrontanbot an die SP gerichtet, worin sie betont, dass sie "vorbereitlos auf dem Boden der (kap) Demokratie und der (kap.) Landesverteidigung steht". Die SP hat ihr darauf erwidert, dass sie damit zwei grundlegende Punkte ihres Programms preisgegeben hat, so dass sie tatsächlich eine sozialdemokratische Partei geworden ist, für zwei Sp aber sei in einem Lande kein Platz; auf der Tagesordnung stehe nicht die Einheitsfront, sondern die Liquidierung der Stalinpartei, deren Aufgehen in der SP! ... Wo die SP recht hat, hat sie recht und hier hat sie in der Tat Recht.

In Österreich geht die Auseinandersetzung zwischen SP(RS) und Stalinpartei weiter, wer von ihnen opportunistischer sei und weiter rechts stehe. Die gegenseitige Demaskierung der kleinbürgerlich "sozialistischen" ("kommunistischen") Parteien macht Fortschritte.

Wien, 17. Nov. 1936

Pol. Ber.

Ihr Raubbündnis & gegen Russland suchen Deutschland-Japan hinter der Maske zu verbergen, es gehe ihnen um die "Verteidigung gegen die Komintern"... Englische Blätter melden, dass das Geheimabkommen eine Teilung von Niederländisch Indien vorsehe: Deutschland solle Java und Sumatra, Japan, Borneo und Celebes bekommen.

In der inneren Mongolei wird bereits mobilisiert. Da und dort stehen mandschurisch-mongolische Truppen, die von Japan gelenkt werden, mit chinesischen Truppen im Kampf. Der nationale Widerstand Chinas gegen Japan wächst weiter. Es kommt zum Vorschein, dass hinter dem ~~seinerzeitigen~~ Vorstoss Cantons, den Tschangkaischek liquidiert hat, Japan gestanden hat. Zwischen japanischen und russischen Truppen werden Grenzgefechte gemeldet.

In Spanien wurde das stärkste Regierungskriegsschiff von einem deutschen od. ital. U-Boot torpediert, um die Blockadepläne Frankos zu erleichtern. Doch stoßen diese auf den Widerstand England-Frankreichs, da deren imperialistische Interessen dadurch berührt würden. - Die Widerstands- und Kampfkraft der Regierungstruppen wächst weiter.

Dass faschistische Emissäre in Russland wühlen, ist ausser Zweifel. Dass die Stalinbürokratie gerade jetzt gegen sie mit einem solchen Prozess losgeht hat zwei Zwecke.:

1. hat die Ermordung Sinojews die russische Arbeiterschaft schwer ~~beeinträchtigt~~ beunruhigt. Die Stalinschurken wollen nun zeigen - um das abzuschwächen - dass sie nicht nur nach links sondern auch nach rechts hauen, wobei sie selbst den Hieb nach rechts durch Verkoppelung zu einem Hieb gegen links benützen und den Meuchelmord an Pjatakow, Radek und anderen vorbereiten.
2. ~~XXXXXX~~ soll durch den Hieb nach rechts verschmiert werden, dass die neue Verfassung die die Stalinbürokratie nun Russland gibt, der Weg zur bürgerlichen Demokratie beschritten, also ~~der~~ der Rechtskurs gesteigert wird.

In Jugoslawien steht die Aussöhnung zwischen Serben und Kroaten bevor.

Die Einführung von Betriebsmilizen in Österreich leitet die Militarisierung der Betriebe in einer ~~Neuartigen~~ Form in die Wege, ist eine Bürgerkriegs- und vor allem eine Kriegsvorbereitungsmassnahme.

Wien, 26. November 1936